



VON DER AMPEL IN DIE OPPOSITION

Ehemaliger Landtagsabgeordneter
Peter Schüler zieht Bilanz

> Seite 3



SCHLUSS MIT DEM AMTSGEHEIMNIS

Informationszugang für
BürgerInnen stärken

> Seite 6



JETZT DIE WEICHEN STELLEN

Wie geht's weiter mit
Bus und Bahn?

> Seite 8



© Ivelin Radkov - 123RF

HALBZEIT – ANSPORN FÜR DIE ZUKUNFT

Für uns heißt es nun Halbzeit! Wir blicken auf zweieinhalb Jahre erfolgreiche Oppositionsarbeit zurück. Unsere fünf Abgeordneten haben durch ihr großes Engagement und ihre immense Tatkraft viele bündnisgrüne Themen auf die Agenda des Landtags gesetzt und es geschafft, immer wieder Mehrheiten dafür im Parlament zu gewinnen. Dazu zählen zum Beispiel die Einstellung von mehr Lehrkräften oder die bessere Unterbringung von Flüchtlingen. Die vorliegende Ausgabe unserer Fraktionszeitschrift thematisiert die aktuellen Entwicklungen unserer Politikfelder. Für die nächsten zweieinhalb Jahre haben wir uns vorgenommen, die erarbeiteten Themen zu vertiefen.

Wichtig ist uns, unsere Mittlerfunktion zwischen den politischen AkteurInnen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu kräftigen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Brandenburg braucht zukunfts-fähige Konzepte für den öffentlichen Nahverkehr, die Entwicklung der hiesigen Landwirtschaft oder die Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen!

3 FRAGEN AN...

AXEL VOGEL


Wie sieht die Zwischenbilanz nach zweieinhalb Jahren Oppositionsarbeit im Landtag aus?

Rundum positiv: Unsere konstruktive Oppositionsarbeit ist aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Wir sind im besten Sinne „etablierte Kraft“ geworden. Egal ob Regierung oder AbgeordnetenkollegInnen: Man merkt auf, hört auf uns: Unsere Vorschläge und Beiträge haben Gewicht. Und selbst wenn nicht jeder Antrag sofort Erfolg hat: Manche Beschlussfassung oder Änderung im Regierungshandeln geht auf unsere Initiativen zurück. Unsere Abgeordneten haben einen guten Draht zu den BürgerInnen vor Ort und transportieren deren Interessen weiter ins Parlament.

Wo haben die Bündnisgrünen besondere Akzente gesetzt?

Viele Themen sind erst durch uns auf die Tagesordnung des Landtags gekommen: die Einsetzung der Enquetekommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, das Nachtflugverbot und der Lärmschutz rund um den Großflughafen, der beschämende Umgang mit Flüchtlingen oder die Ausweitung der direkten Demokratie auf Landesebene durch Erleichterungen bei Volksbegehren. Offene Diskussionen über das Festhalten an der umweltzerstörenden Braunkohleverstromung durch neue Tagebaue, die Gefahren der CCS-Technik, Massentierhaltung oder Gentechnik hätte das Parlament ohne uns nicht geführt.

Wie geht es nun weiter?

Wir werden unsere Arbeitsfelder vertiefen, ohne neue Themen zu vernachlässigen. Brandenburg muss die rote Laterne im Bildungssektor abgeben. Das Nachtflugverbot für Schönefeld steht noch aus ebenso wie ein effizienter Lärmschutz für die AnrainerInnen oder die Ausweitung der direkten Demokratie in den Kommunen. Weiterhin wollen wir Alternativen zu fossilen Ressourcen bei der Strom- und Wärmeversorgung durchsetzen.

Axel Vogel ist Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KLAGE GEGEN KÜRZUNGEN BEI FREIEN SCHULEN

Gegen die im Haushalt 2012 vorgesehenen massiven Kürzungen der Landeszuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft haben wir mit den Fraktionen von CDU und FDP Klage eingereicht. Unserer Ansicht nach verstößt die Landesregierung mit den Sparmaßnahmen gegen die Verfassung. Das Land ist verpflichtet, diesen Schulen einen angemessenen Finanzierungszuschuss zu gewähren und diesen so auszugestalten, dass auch Kinder aus einkommensschwachen Familien diese Schule besuchen können.

Näheres auf www.gruenlink.de/9an

ILLEGALE MÜLLENTSORGUNG LEICHT GEMACHT

Die Menge an illegal entsorgten Abfällen hat sich auf jährlich 1,6 Millionen Tonnen erhöht. Deren Entsorgungskosten werden auf 160 Millionen Euro geschätzt. Aus einer Antwort der Umweltministerin auf unsere Kleine Anfrage geht hervor, dass sich im Vergleich zum Jahr 2000 die Anzahl der MitarbeiterInnen, die für die Überwachung von Abfallanlagen zuständig sind, mehr als halbiert hat. Damit wird deutlich, dass hier reduzierte Personalmittel für die Steuerzahler zu keiner Ersparnis geführt haben dürften.

Näheres auf www.gruenlink.de/8pb

GELOCKERTE HAFTREGELN

Justizminister Volkmar Schöneburg (Die Linke) will die Haftregeln für Schwerverbrecher bereits nach fünf Jahren Vollzug lockern. Straftäter sollen so besser auf das Leben in Freiheit vorbereitet werden. Viele Rechtsexpertinnen und -experten sind der Ansicht, eine frühere Lockerung schütze sowohl die Zivilgesellschaft als auch Vollzugsbeamte und Vollzugsbeamtinnen. Gegen den Plan hatte die CDU-Fraktion im Landtag protestiert. Unsere Fraktion sowie die von Linke und FDP gingen d'accord mit dem Justizminister.

Näheres auf www.gruenlink.de/8dc

GASTBEITRAG

VON DER AMPEL IN DIE OPPOSITION

Seit zweieinhalb Jahren gibt es eine grüne Fraktion im Brandenburger Landtag. Nicht ganz. Die Fraktion Bündnis 90 im ersten Landtag wurde zwar als Grün in der Ampel wahrgenommen und verstand sich auch so, musste aber tatsächlich ohne die grüne Partei auskommen. Die damalige Fraktion fand andere Rahmenbedingungen, eine andere Stimmung vor und sah sich als Teil der Ampel auch in einer anderen Rolle als die jetzige Fraktion. Umso mehr ein Grund für mich, der ich die Arbeit damals in der Ampel sehr nah miterlebt habe, die heutige Fraktion mit großem Interesse zu beobachten. Meine ihr von Anfang an entgegengebrachte Sympathie war begründet und ich sehe mit Genugtuung, dass sie an Themen anknüpft, die auch uns damals wichtig waren.

Themen der politischen Agenda – gestern und heute

So ist es in meinen Augen ganz wichtig, was die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Energiepolitik leistet. Das steht in der besten Tradition von Bündnis 90. Und auch der in Brandenburg immer schon schwierige Anspruch auf eine sachliche, ehrliche und tief greifende Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte wird von der Fraktion beispielhaft vertreten. Mir ist noch sehr präsent, wie schnell wir damals in den – völlig ungerechtfertigten – Ruf der Stasi-„Jäger“ geraten waren – ging

es uns doch um ehrliches Aufzeigen der Geschichte. Die Fortsetzung von Bündnis(Grüner)-Politik ist in Brandenburg gerade an diesem Anspruch gescheitert. Umso höher wertschätze ich, dass die jetzige Fraktion die schwierige Auseinandersetzung nicht gescheut, sich mit der Einsetzung der Enquetekommission durchgesetzt und es in dieser geschafft hat, auch öffentlich zu vermitteln, dass es nicht um „Abrechnung“, sondern um unverzichtbare Aufklärung geht.



Es wäre vermessen, wollte ich weiter einzelne Politikfelder aufzeigen und bewerten. Dass ich zwei herausgegriffen habe, möge man mir nachsehen – viele andere hätten es genauso verdient.

Erfolgreiche Arbeit trotz herausfordernder Rahmenbedingungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben es als – vergleichsweise kleine – Oppositionsfraktion ungleich schwerer als wir Anfang der neunziger Jahre. Diese Zeit war geprägt durch eine enorme Aufbruchstimmung, einen den meisten Landtagsabgeordneten eigenen Gestaltungswillen und einen riesigen Gestaltungsraum. Zudem gehörten wir zur Regierung. Heute ist der Spielraum viel kleiner geworden, Bemühungen zur Veränderung stoßen auf mehr Ablehnung und Trägheit und der Fraktion steht keine Verwaltung zur Seite. Vor diesem Hintergrund zolle ich den Fraktionsmitgliedern und ihren Mitarbeitern höchsten Respekt. Was sie zu leisten vermochten, ist – auch im Vergleich mit den anderen Oppositionsfraktionen – außerordentlich.

Peter Schüler ist Rechtsanwalt, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Potsdam und war von 1992 bis 1994 Landtagsabgeordneter für die damalige Fraktion Bündnis 90.

Zu ihrer bisherigen Oppositionsarbeit im Landtag hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Zwischenbilanz gezogen.

Näheres auf www.gruenlink.de/8bf

HOCHSCHULEN

FIT FÜR DIE ZUKUNFT

Bildung und Wissenschaft sind unsere Wachstumsmotoren. Brandenburg bietet für Forschung und Lehre prinzipiell so gute Voraussetzungen wie kaum ein anderes Bundesland. Wir verfügen über eine Fülle hochkarätiger Forschungsinstitute und neun profilierte Hochschulen. Die Attraktivität der Wissenschaftslandschaft wird durch die Nähe zu Berlin als politischem Zentrum und Kulturmetropole von internationalem Rang gestärkt. Alle Zeichen deuten auf Erfolg.

Dem entgegen stehen jedoch eher triste Fakten: Seit Jahren belegt Brandenburg einen der letzten Plätze bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Studierenden, die Betreuungrelation gehört zu den schlechtesten in der Bundesrepublik. Die Quote derer, die ein Studium aufnehmen, ist extrem niedrig. Die Quote derer, die es erfolgreich beenden, ist mit knapp 20 Prozent die zweitniedrigste bundesweit.

Regierung lässt die Hochschulen zappeln

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des allortigen sichtbaren Fachkräftemangels müssen wir jungen Leuten in Brandenburg in ausreichendem Umfang attraktive und hinlänglich finanzierte Möglichkeiten für Bildung und berufliche Qualifikation bereitstellen. Wir müssen die Zukunftsperspektiven der jun-



gen Generation verbessern und uns verständigen, wie wir die Attraktivität der brandenburgischen Hochschullandschaft auch in Zeiten knapper Kassen erhalten und sogar steigern können. Wie sieht das die Landesregierung? Wie zum Hohn bediente sie sich 2011 mit zehn Millionen Euro aus den Hochschulrücklagen, um den eigenen Haushalt zu sanieren. 2012 schröpfen SPD und Linke die Hochschulen erneut: mit der globalen Minderausgabe in Höhe von zwölf Millionen Euro und der Einbehaltung von fünf Millionen aus dem Hochschulpakt.

Priorität für Bildung sieht anders aus

Vor diesem Hintergrund gerät die aktuelle Debatte um die Hochschulen in der Lausitz in eine gefährliche Schieflage: Es ist zwar richtig, dass die Hochschulen besser kooperieren müssen. Es sollte aber nicht nur effektive Zusammenarbeit innerhalb der

Lausitz, sondern auch mit Berliner Hochschulen geben. Wichtig ist vor allem, dass der Sparzwang nicht Vater allen Handelns wird. Wir fordern deshalb für die Lausitz breit angelegte Diskussionen mit allen Beteiligten. Wir werden diesen Prozess begleiten und das Konzept kritisch prüfen. Die Debatte dort steht im Kontext einer großen wissenschaftspolitischen Transformation. Sollte das Ergebnis unter den Zeichen von Bologna die Entwicklung neuer Hochschulen jenseits der alten Trennung von Uni und Fachhochschule bedeuten, setzen wir uns für eine vernünftige und zukunftssträchtige Ausgestaltung ein. Die Formel ‚Panta rhei‘ – alles fließt – hat Bestand: Stillstand bedeutet Rückschritt.

*Marie Luise von Halem
Bildungs- und hochschulpolitische
Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/8qg

IM SOZIALAUSSCHUSS

WOHNSITUATION VON FLÜCHTLINGEN MUSS SICH VERBESSERN

Als der Sozialausschuss im März zu einer Anhörung über die Unterbringung von Flüchtlingen zusammen kam, staunten die Abgeordneten: Der Konferenzsaal war bis zum letzten Stuhl besetzt und eine Videoübertragung in einen zweiten Raum war nötig. 45 BesucherInnen aus Flüchtlingsheimen waren der Einladung unserer Fraktion gefolgt. Thema war der aktuelle Bericht der Landesregierung mit „Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung“. Diesen hatten die Koalitionsfraktionen gefordert, nachdem die bündnisgrüne Fraktion das Thema menschenwürdiger Unterbringung von Flüchtlingen bereits im April 2011 mit einem eigenen Antrag auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt hatte.

Gemeinschaftsunterkünfte sollen besser werden

Der nun vorliegende Bericht macht deutlich, dass etwas geschehen muss. Die Landesregierung will die Wohnfläche, die jedem Flüchtling zusteht, von sechs auf acht Quadratmeter erhöhen. Weitere Neuerungen beziehen sich auf Details: Zum Beispiel sollen sich zukünftig nicht mehr drei Personen eine Kochplatte teilen, sondern acht Personen sollen einen Herd mit Backröhre nutzen können.

Wir wollen die Unterbringung in Wohnung

Weitere Modernisierungsmaßnahmen sowie die Anbindung von Gemeinschaftsunterkünften an Stadtzentren erkennt der Bericht zwar als nötig an, jedoch werden die dafür erforderlichen Umbauarbeiten auf später verschoben. Unserer Fraktion geht es allerdings nicht nur um Mindeststandards für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Wir wollen die Flüchtlinge möglichst frühzeitig in Wohnungen unterbringen und ihnen ein eigenständiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Begrenzung der Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften.



Ursula Nonnemacher gemeinsam mit Flüchtlingen aus Kamerun und Kenia

Beim Mittagessen in der Landtagskantine auf Einladung unserer Fraktion erzählten die vor allem aus Kamerun und Kenia kommenden Flüchtlinge von ihrem Leben in Deutschland. So konnten wir mehr vom Alltag der Flüchtlinge erfahren und diese konnten einen Blick hinter die Kulissen des Landtags werfen. Ein gelungener Tag für beide Seiten.

Gegenwärtig gibt es in Brandenburg 17 Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge. Die Qualität der einzelnen Einrichtungen unterscheidet sich: Quartiere in Potsdam und Cottbus gelten als modern und gut gelegen. Die Heime in Hohenleipisch im Landkreis Elbe-Elster und Althüttendorf im Barnim stehen hingegen wegen ihrer Abgelegenheit und der baulichen Bedingungen in der Kritik. Das Flüchtlingsheim Rathenow im Landkreis Havelland ist derzeit überbelegt.

Ursula Nonnemacher
Sozialpolitische Sprecherin

INFORMATIONSZUGANGSGESETZ

SCHLUSS MIT DEM AMTSGEHEIMNIS

O b die neue Schweinemastanlage in der Nähe oder die Straßenplanung der Gemeinde: Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, welche Gründe hinter den Entscheidungen der Behörden stecken. Dafür gibt es in Brandenburg den Anspruch auf Akteneinsicht, der – bundesweit einmalig – sogar in der Verfassung verankert ist. Leider ist das früher fortschrittliche Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) mittlerweile veraltet – es enthält einfach zu viele Ausnahmen: Zahlreiche öffentliche Einrichtungen sowie kommunale Betriebe oder unter öffentlicher Kontrolle stehende Unternehmen werden von der Informationsfreiheit gar nicht erst erfasst. Ob Unternehmensdaten herausgegeben werden können, hängt im Wesentlichen von der Zustimmung der UnternehmerInnen ab. Verträge zwischen öffentlichen Stellen und privaten Unternehmen sind zu meist Geheimverträge. Auch fällt zum Beispiel die Investitionsbank des Landes Brandenburg als Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in den engen Anwendungsbereich des AIG.

BürgerInnen bekommen selten Auskunft

Deshalb mahnte die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht Dagmar Hartge in ihrem im März vorgestellten Tätigkeitsbericht eine Novellierung des Gesetzes an. Ihr Bericht zeigt, dass die Behörden insbesondere im Jahr 2011 vergleichsweise viele Anträge auf Akteneinsicht von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des geltenden Rechts abgelehnt haben. Das hat viele BrandenburgerInnen enttäuscht. Die Zahl der Beschwerden, die bei Datenschutzlerin Hartge eingingen, ist so wesentlich gestiegen.

Eigener Entwurf für Informationsgesetz in Arbeit

Diese unbefriedigende Situation wollen wir ändern – mit einem eigenen Gesetzentwurf, nach dem jede Bürgerin und jeder Bürger einen umfassenden Anspruch auf Informationen aus der Verwaltung hat. Unser Konzept basiert auf einem Vorschlag für ein Bür-



© Klaus Eppel - Fotolia.com

gerinformationsgesetz, den Greenpeace, der Journalistenverband Netzwerk Recherche und die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit im Jahr 2010 erarbeitet haben. Danach soll das öffentliche Interesse an der Information grundsätzlich Vorrang haben. Weiterhin müssen auch privatwirtschaftliche Unternehmen Auskunft geben. Die Behörden sollen die BrandenburgerInnen in Zukunft von selbst informieren. Des Weiteren werden wir auch Verbraucherschutzaspekte soweit wie möglich integrieren, die bisher in Brandenburg nicht erfasst sind.

Wir haben unseren Gesetzentwurf in einem Fachgespräch im Juni öffentlich mit Expertinnen und Experten, den anderen Fraktionen und Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Die Ergebnisse aus dem Gespräch und die Rückmeldungen auf unsere Vorschläge werden wir in den Entwurf einfließen lassen, um ihn danach in den Landtag einzubringen.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

GUTACHTEN IN COTTBUS PRÄSENTIERT

BRANDENBURG + BERLIN = 100% ERNEUERBAR

Eine vollständige Stromversorgung von Brandenburg und Berlin aus regenerativen Quellen ist bereits im Jahr 2030 möglich; schon 2020 ist eine Versorgung mit Strom aus Sonne, Wind & Co. zu 80 Prozent machbar. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle, im Auftrag der bündnisgrünen Fraktion erarbeitete Studie des Reiner-Lemoine-Instituts. Derzeit erstellen die Wissenschaftler erstmals ein ganzheitliches Energieszenario für eine vollständige regenerative Versorgung, das sowohl Berlin und Brandenburg, als auch Strom und Wärme gemeinsam betrachtet. Die ersten Ergebnisse haben wir im April vor über hundert interessierten Zuschauern im Hörsaal der BTU Cottbus vorgestellt.

Netzausbau und Speicher bringen Versorgungssicherheit

Der erste Teil der Studie zeigt, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien und Versorgungssicherheit vereinbar sind: Der saubere Strom kann ab 2030 passend zum Bedarf zu jeder Stunde des Jahres in der gesamten Region verfügbar sein. Dabei ist es nicht notwendig, die Nutzung von Biomasse auszuweiten oder mehr als zwei Prozent der Landesfläche für Windenergieanlagen auszuscheiden. Laut Studie können ein moderater Netzausbau zu vertretbaren Kosten sowie der Ausbau von

Speichern und der „power-to-gas“-Technologie die Versorgung der BürgerInnen mit Energie sicherstellen.

Energiewende stockt im Wärmesektor

Eine Schlüsselfrage der Energiepolitik ist, wie im Wärmebereich eine vollständige Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien erreicht werden kann. Denn zwei Drittel des Energieverbrauchs fallen auf den Wärmebedarf. Die ersten Zwischenergebnisse zeigen, dass die Energiewende hier noch wenig vorankommt und der vollständige Umstieg erst 2050 gelingen kann. Der Anteil erneuerbarer Energien an der heutigen Wärmeversorgung liegt in Berlin unter einem Prozent und in Brandenburg

unter fünf Prozent. Daran haben Biomasse und Wärmepumpen den Hauptanteil. Das größte Potenzial liegt in der Einsparung durch Sanierung von Altbauten und effizienteren Heizungssystemen. Bei einer Sanierungsquote von drei Prozent könnte bis 2030 der Ausstoß von Kohlendioxid im Wärmesektor um fast zwei Drittel gesenkt werden. Ob und wie dies möglich gemacht werden kann, daran entzündete sich in Cottbus eine lebhafte Diskussion.

Das Gutachten legt den Finger in die Wunde. Die Bundesregierung hat eine Energiewende angekündigt, die im wichtigsten Bereich, dem Wärmesektor, nicht stattfindet. An der Lösung dieses Problems müssen in Zukunft alle Akteure aus Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam arbeiten.

Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher

Näheres auf www.gruenlink.de/8v1



© lassedesignen - Fotolia.com

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

WIE GEHT'S WEITER MIT BUS UND BAHN?

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) unserer Region steckt in der Krise. Die S-Bahn ist eine einzige Katastrophe. Regionalexpresszüge sind überfüllt. Baustellen zwingen zu Umwegen und Wartezeiten. Dazu kommen jährlich steigende Preise. Ungeachtet dessen gibt es immer mehr Kunden im Verkehrsverbund. Was würde erst ein moderner ÖPNV ermöglichen? Welche Fahrgastpotenziale warten nur auf Steigerungen von Umweltfreundlichkeit, Attraktivität und Leistungsfähigkeit?

Weichen für die Zukunft jetzt stellen

Lösungen für überfüllte Regionalexpresszüge und fehlende Anbindungen an das Berliner Zentrum zu finden sowie die Herkulesaufgabe, den neuen Flughafen in das Verkehrsnetz zu integrieren, sind Sache der Regierung. Zentraler Baustein der Politik ist die Landesnahverkehrsplanung. Hier fallen Entscheidungen über Taktverdichtungen, Streckenausbau oder Linienführung. Die Fortschreibung dieses Plans ab 2013 stellt die zentralen Weichen für das mittelfristige Angebot in unserer Region. Deshalb ist es jetzt wichtig, Schwachstellen zu identifizieren und Lösungen zu diskutieren. Wir suchen deshalb mit unserer Veranstaltungsreihe „Wo geht's lang zu Bus und Bahn?“ aktuell den Kontakt mit ExpertInnen und Betroffenen vor Ort.

Die Eckpunkte zur Nahverkehrsplanung des Ministers Vogelsänger verzichteten auf



© Pixel Embargo - Fotolia.com

eine solche Schwachstellenanalyse. Stattdessen wird jeglicher Verbesserung ein Riegel vorgeschoben. Die Aussage, „für neue Strecken ist kein Geld in Sicht“, ist unterm Strich ein Rückschritt. Denn die Kosten wachsen sprunghaft. Gebühren für Strecken- und Bahnhofsnutzungen treiben gemeinsam mit den Lohn- und Energiekosten die Aufwendungen für die Bestellung von Zugkilometern in die Höhe.

Qualität und Finanzierung müssen stimmen

Während der Verkehrsminister Zugkilometer reduzieren und Strecken stilllegen möchte, kämpfen wir für eine Qualitätsverbesserung. Ein erster Erfolg: Diskutierte Streckenstilllegungen sind auf Grund des

großen Widerstands für die nächsten zwei Jahre vom Tisch. Vogelsängers Doktrin der Kostenneutralität treten wir mit Finanzierungsvorschlägen entgegen. Der notwendige Qualitätssprung für den öffentlichen Nahverkehr bleibt ohne eine bessere finanzielle Ausstattung eine Fata Morgana. Noch stehen wir mit unserem Bekenntnis zu einer finanziellen Besserstellung des ÖPNV allein auf weiter Flur. Doch der Widerstand bröckelt. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wurde einstimmig zur Fachdiskussion in den Ausschuss überwiesen.

*Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher*

Näheres auf www.gruenlink.de/8b2

MASSENTIERHALTUNG

KEIN DIALOG
MÖGLICH

Die Bürgerinnen und Bürger sind immer weniger bereit, industrielle Masttierhaltung zu akzeptieren. So demonstrieren im Januar bereits zum zweiten Mal weit über 23.000 Menschen in Berlin für eine andere Agrarpolitik. Besonders in Brandenburg setzen sich sehr viele Bürgerinitiativen für eine artgerechte Tierhaltung auf Bauernhöfen statt Fleischfabriken ein. Für unsere bündnisgrüne Fraktion ist klar: Eine industrielle Landwirtschaft kann sich Brandenburg nicht länger leisten und schon gar nicht mit öffentlichen Mitteln fördern. Mit einem umfangreichen Antrag für eine zukunftsfähige standort- und tierschutzgerechte, umweltschonende und flächengebundene Tierhaltung wollten wir u.a. erreichen, dass bei der Förderung von Mastanlagen mit öffentlichen Geldern Tierschutzaspekte stärker beachtet werden. Außerdem sollte auf Bundesebene ein Tierschutzlabel eingeführt werden, anhand dessen Verbraucher und Verbraucherinnen erkennen könnten, aus welcher Haltungsform die Produkte stammten.

Zukunftsfähiges Konzept abgelehnt

Bereits Monate im Vorfeld versuchten wir mit den Mitgliedern anderer Fraktionen ins Gespräch zu kommen, um uns gemeinsam über die Haltung von Nutztieren und eine bessere Information für Verbraucherinnen und Verbraucher zu beraten. Leider ohne Erfolg. Auf unsere Gesprächsangebote ging keine Seite ein. In der Parlamentsdebatte votierten alle Fraktionen gegen den bündnisgrünen Antrag – aus den unterschiedlichsten Gründen, jedoch ohne konkret auf unsere Vorschläge einzugehen. Barbara Hackenschmidt (SPD) plädierte dafür, alles beim Alten zu lassen. Deutschland habe schon ein gutes Tierschutzrecht. Außerdem dürfe man Landwirte nicht überfordern, weil sie Arbeitsplätze bereitstellten, erklärte die ehemalige Lehrerin. Auch Dieter Dombrowski von der CDU lehnte den Antrag ab, u.a. weil die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ähnliches im Bundestag gefordert hätte und an



© Berthot - Fotolia.com

der schwarzgelben Mehrheit gescheitert sei. Michael Luthardt (Die Linke) begründete die Ablehnung damit, der Antrag sei „schlecht“, da er alles beinhalte, was es zu diesem Thema zu sagen gäbe.

Keine Diskussionsbereitschaft

Als besonders bedauerlich betrachtet es die bündnisgrüne Fraktion, dass die Abgeordneten das Thema Massentierhaltung noch nicht einmal in den zuständigen Ausschüssen mit Fachleuten diskutieren wollten. Im Anschluss an die Debatte erreichten die Fraktion unzählige ermutigende Zuschriften und Anrufe. Sie bestärken uns, weiter am Thema dranzubleiben. Denn es existieren bereits Vorbilder in anderen Regionen: Im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen gibt es entsprechende vielversprechende Vorstöße, obwohl dort der Nutztierbestand wesentlich höher ist als in Brandenburg.

*Sabine Niels
Landwirtschaftspolitische
Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/8td

IM PORTRAIT

TOBIAS ARBINGER: TEXTARBEIT ALS POLITISCHES HANDELN

Der Bus ist eng, die Menschen drängen sich dicht an dicht, die Bäuerin nebenan trägt nass glänzende Fische, eingewickelt in Papier. Man muss aufpassen, dass einem das heraustropfende Wasser nicht auf die Schuhe fällt – diese Atmosphäre hat Tobias Arbinger zuerst vor Augen, wenn er sich an seinen halbjährigen Studienaufenthalt Anfang der Neunziger in China erinnert. Sein aktueller Arbeitsweg von Berlin-Schöneberg nach Potsdam ist von solchen Szenen nicht nur geografisch meilenweit entfernt. „Mein Aufenthalt in Süd-China war natürlich ein Kulturschock, der mir die Augen für vieles geöffnet hat, was hierzulande selbstverständlich ist“, so Tobias heute. Unvergesslich bleibt ihm der morgendliche Blick auf die smoggeplagte Großstadt Kanton. „Die riesige, graue Wolke wirkte zwar futuristisch. Sie ist für mich aber seitdem Sinnbild für den Begriff Umweltverschmutzung“, sagt der dreifache Familienvater.

Chronist der (Nach-)Wendezeit

Nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Berlin schließt er das Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität ab, mit dem Ziel, Journalist zu werden. „Der Glaube an das Veränderungspotenzial



durch Wissen und die Vermittlung von Wissen war mein Motiv für Berufswahl und Studium“, erklärt Tobias, dessen Einstieg in den Arbeitsmarkt mit der Wende zusammen fällt. Mit Lust auf den Osten absolviert Tobias Praktika bei Brandenburger Zeitungen, wird schließlich Volontär bei der Märkischen Allgemeinen und nutzt die Chance, den Wandel direkt vor Ort zu beobachten. So kommt er viel in der Mark herum und erlebt die politische Dynamik

hautnah. Den damals besuchten Orten – u.a. Neuruppin, Rathenow und Brandenburg (Havel) – bleibt er auch später verbunden, als er die Brandenburgseite beim Berliner Tagesspiegel betreut. 2003 übernimmt er schließlich die Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Damit veränderte sich meine bisherige Rolle: Vom journalistischen

Beobachter bei einem Printmedium wechselte ich zur Pressearbeit des progressivsten Akteurs der Politik“, so der 45-Jährige heute.

Komplexe Sachverhalte verständlich machen

Sein Aufgabenfeld ist dabei dem eines Journalisten sehr ähnlich: Themen recherchieren und durchdringen, ihre Knackpunkte erkennen und für ein bestimmtes Publikum aufbereiten. Egal ob

Wahlkampf, Kampagnenarbeit oder – seit 2009 – Pressearbeit für die Fraktion; Immer übernimmt Tobias eine Scharnierfunktion zwischen Politik und Öffentlichkeit. Besonders wichtig ist ihm persönlich nach wie vor die Arbeit am Text: „Wenn meine Sätze so geschrieben sind, dass sie komplexe Sachverhalte auf einen Blick wiedergeben und nicht noch einmal nachgelesen werden müssen, dann habe ich gute Arbeit geleistet.“

CSD 2012

REGENBOGEN ÜBER POTSDAM

Jedes Jahr erinnert der Christopher Street Day (CSD) an den New Yorker Aufstand Homosexueller gegen polizeiliche Willkür vom 28. Juni 1969. Heute demonstrieren Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transidenten an diesem Gedenktag für ihre Rechte und gegen Diskriminierung. Während des diesjährigen CSD in Potsdam konnte ich als Rednerin zur Eröffnung der Ausstellung „Walk of Pride“ darüber sprechen, wie deutlich die gezeigten Fotos illustrieren, welchen Ressentiments Lesben und Schwule heute immer noch ausgesetzt sind. In meinem Beitrag bezog ich mich darauf, dass es Homophobie leider auch in Brandenburg gibt. Umso mehr begrüße ich das ehrenamtliche Engagement vieler AkteurInnen, die sich für die Gleichstellung Homosexueller einsetzen und damit Grundlagen für eine inklusive Gesellschaft schaffen. Das diesjährige markante Motto des CSD in Potsdam lautete: „Gleichberechtigung für Heterosexuelle! – und kein bisschen mehr!“ Es greift auf, dass der Prozess der Bewusstwerdung über die eigene sexuelle Identität ein Coming-out für alle darstellt. Als sichtbares Zeichen für Toleranz und Anerkennung queeren Lebens haben wir vor dem Rathaus die Regenbogenflagge gehisst. Während des ersten queeren Straßenfestes am Brandenburger Tor beantwortete ich in einer Talkrunde Fragen zum Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz, zur Öffnung der Ehe und zur Realisierung einer inklusiven Gesellschaft. Mein Standpunkt: Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik lebt von der Vielfalt des Lebens, in der Homophobie keinen Platz hat.



© Axel Wapernmann

Ursula Nonnemacher
Sozialpolitische Sprecherin

Näheres auf www.gruenlink.de/8t8

LOBBYREGISTER

DAS EINFLÜSTERN KONTROLLIEREN

Interessenvertretung ist nichts Verwerfliches. Im Gegenteil: Demokratie lebt davon, dass Menschen sich für ihre Belange und die anderer einsetzen. Kritisch ist nur, wenn politische Entscheidungen auf undurchsichtigen Wegen von starken wirtschaftlichen Interessen gelenkt werden, zumal wenn das auf Kosten von weniger einflussmächtigen AkteurInnen geschieht. Wie wir die Arbeit von Lobbygruppen aus den Hinterzimmern in das Licht der Öffentlichkeit ziehen können, wird seit Jahren diskutiert. Der Landtag will bis Herbst ein Gesetz zur Interessenvertretung erarbeiten. Wir Bündnisgrünen haben die ausführlichsten Vorschläge eingebracht. So fordern wir ein umfassendes, öffentlich einsehbares Lobbyregister. Ab einem bestimmten finanziellen bzw. personellen Einsatz muss sich dort künftig eintragen lassen, wer Interessenvertretung gegenüber Landtag oder Landesregierung betreibt. So können sich BürgerInnen ein Bild machen, wer mit welchen Mitteln für welche Anliegen wirbt.

PolitikerInnen dürfen ihre Arbeit nicht von zahlungskräftigen Interessengruppen abhängig machen, sie sind nur dem Gemeinwohl verpflichtet. Bezahlte Interessenvertretung soll mit einem Mandat unvereinbar sein. Wir wollen nicht, dass Mitglieder der Landesregierung nach dem Ausscheiden aus dem Amt mit hoch dotierten Posten bei Unternehmen oder Verbänden durch frühere Gefälligkeiten belohnt werden. Ein direkter Wechsel aus der Amtsstube zu einem Unternehmen, das zuvor von den eigenen Entscheidungen begünstigt oder betroffen war, soll verhindert werden können. Ein Lobbygesetz beseitigt das Ungleichgewicht bei der Einflussnahme auf Entscheidungen nicht. Aber es sorgt für mehr Transparenz und einen verantwortungsvolleren Umgang.

Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin

WASSERMANAGEMENT

NEUES KONZEPT NOTWENDIG

Brandenburg ist mit durchschnittlich 558 mm Niederschlag pro Jahr eines der trockensten Bundesländer. Der Klimawandel mit erhöhten Verdunstungsraten, zunehmenden Trockenperioden und vermehrten Starkregenereignissen schreitet voran und macht ein intelligentes Wassermanagement erforderlich. Es soll verhindern, dass es in der Landschaft zu wenig oder zu viel Wasser, wie beispielsweise im Oderbruch, gibt. Mit einem Entschließungsantrag haben wir ein Wassermanagement gefordert und das Thema im März auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt. Das in Arbeit befindliche Gutachten der BTU Cottbus zum Landschaftswasserhaushalt soll Anlass werden, die bisherigen Maßnahmen zu prüfen und bis zum ersten Quartal 2013 ein nachhaltiges Konzept zu erarbeiten.

Wir wollen, dass zukünftig eine hochwertige Trinkwasserversorgung gewährleistet wird und Verunreinigungen durch z.B. Schwermetalle, Nährstoffe, Pflanzenschutzmittel oder Hormone weitestgehend reduziert werden. Dafür sind Maßnahmen in der Landwirtschaft, in Kläranlagen sowie im Bergbau notwendig. Vor allem die Tagebaue führen zu massiven Grundwasserabsenkungen, Eiseneinträgen und zur Versauerung von Oberflächengewässern. Wer große Mengen Wasser nutzt, sollte angemessene Beträge zahlen – das kann zum nachhaltigen Umgang mit der Ressource führen. Die Regierung hat den Antrag leider abgelehnt.

Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher

Näheres auf www.gruenlink.de/8v2

TERMINE

- **Radtour: „Der Kohle auf der Spur“ durch die Lausitz mit Sabine Niels**
Samstag, 7. Juli 2012, 11–17 Uhr;
Hauptbahnhof Cottbus
- **Kongress GrünSozial**
Samstag, 20. Oktober 2012

Weitere Informationen zu unseren
Fraktionsveranstaltungen 2012:

[www.gruene-fraktion-brandenburg.de/
veranstaltungen](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen)

PUBLIKATIONEN



Sie haben Interesse an einer
unserer Publikationen oder wollen
brandGRÜN abonnieren?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie
alle Publikationen als Download:
[www.gruene-fraktion-brandenburg.de/
publikationen/](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen/)

IMPRESSUM

brandGRÜN
Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbingner
Textredaktion: Alena Müller
Bildredaktion: Franziska Petruschke
Titelbild: © Ivelin Radkov - 123RF
Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG